



# Infobrief

## des Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik

**Nr. 06 – November 2009**

Inhalt	Seite
EDITORIAL	02
<b>AKTUELLES vom Notstand der Republik</b>	
Nicht vom Volk gewählt ...	03
Heimatschutz auch gegen Streikende	04
Militarisierung der Schulen	04
Ein ganz normaler Tag an der Uni - oder - Der Weg in den Krieg	05
Vertrag von Lissabon	05
<b>AKTIONEN gegen den Notstand der Republik</b>	
Tag der Reservisten in Ingolstadt	06
Einheitsfrontaktion „Klassenkampf statt Wahlkampf – Gegen den Notstand der Republik“	07
<b>MATERIAL zum Notstand der Republik</b>	07
Flugblatt aus Ingolstadt: Jubel über militärische Schauspiele ist eine Reklame für den nächsten Krieg!	08
Plakat – Bericht zu „Klassenkampf statt Wahlkampf – Gegen den Notstand der Republik“ (DIN-A2)	AN-HANG

### Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik

www.Jugendkongress-Notstand-der-Republik.de • Mail: info@Jugendkongress-NdR.de  
Spenden: Postbank Essen, Konto-Nr.: 415845435, BLZ: 36010043, M. Wildmoser

## Aktionszug gegen den Notstand der Republik



### Der Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik

Am 12. und 13. Mai 2007 fand in Berlin der Jugendkongress - Notstand der Republik statt. Über 80 Jugendliche aus verschiedensten Organisationen und der Gewerkschaftsjugend trafen sich dort, um zu prüfen, was in diesem Land vor sich geht. Dabei stellten wir fest, dass die Regierenden eine Reihe von Maßnahmen getroffen haben, welche die Demokratie in diesem Land gefährden, deswegen sprechen wir vom Notstand der Republik. In der auf dem Kongress verabschiedeten Erklärung haben wir die wichtigsten Maßnahmen aufgezählt:

- *„die verfassungswidrige Zentralisierung von Polizeien und Geheimdiensten, wie z.B. im Gemeinsamen Terrorismus Abwehrzentrum*
- *den Einsatz der Bundeswehr im Inland, sowie die Militarisierung der Gesellschaft, speziell durch die flächendeckende Einführung des Heimatschutzes, durch den die Reservisten der Bundeswehr in sogenannten Verbindungskommandos organisiert werden und zahlreiche zivile Verbände und Hilfsorganisationen unter das Kommando der Bundeswehr gestellt werden*
- *und nicht zuletzt die Entrechtung großer Teile der Bevölkerung durch die Hartz-Gesetze.“\**

Wir zogen daraus folgenden Schluss:

„Wir verurteilen sie, weil durch sie nicht nur der Krieg gegen das eigene, sondern vor allem auch der Krieg gegen andere Völker vorbereitet wird.“\*

Wir beschlossen, dieser Entwicklung unseren Widerstand entgegen zu stellen. Wir richteten den Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik ein, organisierten Demonstrationen, veranstalteten große Aktivistentreffen, führten einen Aktionstag in zwölf Städten durch und noch vieles mehr.

Seitdem wir diesen Kampf begonnen haben, hat sich der Notstand der Republik weiter verschärft. ABER (so schreiben wir in unserer zweiten Erklärung im Februar 2008):

„Das ist für uns kein Grund zu verzagen, im Gegenteil: Das ist die direkte Aufforderung der BRD-Reaktion an uns, den Kampf gegen sie weiter zu führen und zu verbreitern! Jetzt erst recht! Ob Sozialdemokrat, Kommunist, Gewerkschafter oder Antifaschist, West oder Ost: Kampf dem Notstand der Republik!“\*

In diesem Sinne arbeiten wir weiter und geben seit Februar 2009 diesen Infobrief heraus, mit dem wir über die aktuelle Entwicklung des Notstand der Republik und über Aktionsmöglichkeiten, sowie interessante Materialien dagegen informieren wollen.

\* Die Erklärungen im vollen Wortlaut findet ihr auf unserer Homepage ([www.Jugendkongress-Notstand-der-Republik.de](http://www.Jugendkongress-Notstand-der-Republik.de))

## AKTUELLES vom Notstand der Republik

### Nicht vom Volk gewählt

... ist die neue Bundesregierung. Zwar haben knapp 48% der Wähler ihre Zweitstimme für die Parteien der Koalition aus CDU/CSU und FDP gegeben, aber sieht man sich die absoluten Zahlen an, waren dies nur 21 Millionen Wähler von 62 Millionen Wahlberechtigten. 23 Millionen Wähler gaben ihre Stimme für andere Parteien und 18 Millionen Wahlberechtigte blieben der Bundestagswahl ganz fern. Mit anderen Worten; gerade mal ein Drittel der Wahlberechtigten stimmten für die Parteien der neuen Bundesregierung, in der ehemaligen DDR waren es sogar nur ein Viertel.

Diese Minderheitenregierung ist aber alles Andere als ein geschlossener Block. Die größte Wirtschaftskrise seit 80 Jahren verschärft nicht nur die Widersprüche unter den imperialistischen Staaten (und damit die Kriegsgefahr), sondern auch innerhalb ihrer Bourgeoisien. Die Krise trifft besonders das Klein- und Mittelkapital, welches seine Interessen besonders von der FDP und CSU vertreten sieht und nach Steuerenkungen schreit. Das Großkapital (das ohnehin keine Steuern zahlt) sieht im Bundeshaushalt seine zukünftige Kriegskasse und nicht einen Rettungsfond für Klein- und Mittelbetriebe. Dieser und andere Widersprüche sind der Grund dafür, dass die Koalitionsverhandlungen mehr einem Kampf unter Feinden gleichen.

Herausgekommen ist ein Koalitionsvertrag, der diese Widersprüche dadurch deutlich macht, dass er in den wesentlichen Punkten eben keine Antwort gibt. Über 132 Seiten schöne Sätze und hohle Phrasen – diese Regierung hat und kann kein Programm haben. Wenn sie eins hat, ist es ihr Personal. Die von Altnazis gegründete FDP stellt mit Herrn Westerwelle den Bundesaußenminister. Der ehemalige Kriegsminister Jung (CDU) ist als Bundesminister für Arbeit und Soziales jetzt nicht mehr für die Soldaten, sondern für die Arbeiter und Erwerbslosen zuständig. Freiherr zu Guttenberg (CSU) wechselt vom Wirtschaftsministerium ins Kriegsministerium und bringt mit seinem Dienst bei den Gebirgsjägern in Mittenwald die passenden Erfahrungen mit. Diese Militäreinheit hat im 2. Weltkrieg besonders in Italien und Griechenland gewütet und ganze Dörfer niedergemetzelt, noch heute feiert sie regelmäßig ihre blutige Tradition zusammen mit Veteranen aus der damaligen Zeit. Wolfgang Schäuble (CDU), der Chefingenieur der seit 1990 auf-

gebauten neuen Sicherheitsarchitektur, sprich des Notstands der Republik und Verhandlungsführer der BRD bei der Annexion der DDR, nimmt als Bundesfinanzminister das in einer Weltwirtschaftskrise wichtigste Amt ein. Nichts passiert mehr ohne seine Zustimmung, die Kapitalisten haben ihre Kriegskasse in erfahrende Hände gegeben. Der neue Innenminister ist aber auch kein unbeschriebenes Blatt, Thomas de Maizière (CDU) war auch maßgeblich an der Annexion der DDR beteiligt und hat den daraus resultierenden Staatsumbau vor allem auf dem Gebiet der ehemaligen DDR mit vorangetrieben, bis er zuletzt als Chef des Bundeskanzleramts unter anderem für die Geheimdienste zuständig war. Er kommt aus einer vielbeschriebenen Familie, sein Vater, Ulrich de Maizière machte eine steile Karriere in der faschistischen Wehrmacht und war nach einer viel zu kurzen, zweijährigen Kriegsgefangenschaft einer der Hauptorganisatoren der westdeutschen Wiederbewaffnung. In der neuen Armee schaffte er es dann bis nach ganz oben und wurde Generalinspekteur der Bundeswehr. Sein Bruder, Andreas de Maizière war Vorstandsmitglied in der Commerzbank bis er als Bauernopfer der Bank seinen Posten räumen musste, da diese wegen illegalen Machenschaften beim Raubzug des deutschen Imperialismus in den ehemaligen sozialistischen Staaten in die Bredouille geraten war. Sein Cousin Lothar de Maizière besiegelte als letzter Ministerpräsident der DDR ihr Ende. Unser neuer Innenminister war ihm dabei behilflich, wie er stolz in seinem Lebenslauf verkündet. Zu den Maßnahmen des Notstands der Republik sagt diese neue Regierung in ihrem Koalitionsvertrag nicht viel mehr Konkretes aus, als ein „weiter so“. Die verbotene Bundespolizei soll weiter gestärkt werden und besser für den Auslandseinsatz befähigt werden. Der Heimatschutz soll weiterentwickelt werden. Sie droht das Parlament zu entmachten und ein Vertrauensgremium einzurichten, das über Krieg und Frieden zu entscheiden hat. Gegen einen möglichen Widerstand von antifaschistischen und antimilitaristischen Jugendlichen, will sie die Höchststrafe für Jugendliche ab 15 Jahre auf 15 Jahre erhöhen, Programme gegen Rechtsradikalismus sollen sich in Zukunft gleichermaßen gegen Linksradikalismus richten und eine Aussage gegenüber

der Polizei soll zur Pflicht werden, wie es bisher nur für Aussagen gegenüber Richtern und Staatsanwälten der Fall war.

Diese neue Regierung ist Ausdruck der Schwäche der Kapitalisten in dieser Weltwirtschaftskrise. Diese Schwäche macht zugleich ihre Gefährlichkeit aus, die Gefahr, dass sich ein Volk so nicht regieren lässt, dass so das keifende Klein- und Mittelkapital nicht zur Ordnung ge-

zwungen werden kann, die Gefahr, dass das Großkapital keinen andern Ausweg mehr sieht, als seine Herrschaft mit dem Mittel der offenen, terroristischen Diktatur zu sichern. Auf der anderen Seite ist es auch diese Schwäche, die wir zu unserer Stärke machen könnten, um ein für allemal Schluss zu machen mit Krieg und Faschismus, mit dem ganzen kapitalistischen System.

Julia (Bremen)

## Heimatschutz auch gegen Streikende

Am 28. August 2009 wurde eine kleine Anfrage der Linkspartei zur Zivil-Militärischen Zusammenarbeit beantwortet. Es geht um die Reservisten Kommandos, die in allen Kreisen und kreisfreien Städten errichtet wurden, angeblich um die Bevölkerung besser vor Katastrophen schützen zu können. Die Antwort der Bundesregierung auf die kleine Anfrage spricht zwei entscheidende Dinge offen aus. Erstens gab es bisher keine Lücke im Katastrophenschutz, die durch die neuen Kommandos gefüllt werden musste. Zweitens wurden diese Strukturen sehr wohl geschaffen um gegen Streiks und Demonstrationen eingesetzt zu werden.

Die entscheidenden Fragen und Antworten sind folgende:

**Frage 13:** *Aufgrund welcher konkret belegbaren Missstände im zivilen Katastrophenschutz begründet die Bundesregierung ihre Annahme, die Einrichtung der ZMZ-Kommandos stelle eine notwendige Unterstützung für die Arbeit des Katastrophenschutzes dar?*

**Antwort der Bundesregierung:** *Anlass für etwaige Unterstützungsleistungen der Bundeswehr sind keine „Missstände“ im zivilen Katastrophenschutz. ...*

**Frage 24:** *Beabsichtigt die Bundesregierung, Maßnahmen zu ergreifen, die ausschließen, dass die ZMZ-Strukturen zur Unterstützung polizeilicher Repressivmaßnahmen gegen Streikende und/oder Demonstrantinnen und Demonstranten herangezogen werden um eine Wiederholung von Szenarien wie anlässlich des G8-Gipfels 2007 zu verhindern, und wenn ja, welche Maßnahmen sind geplant oder bereits eingeleitet?*

**Antwort der Bundesregierung:** *Nein*

Ebenfalls wurde in dieser Anfrage deutlich, dass die bisher eingesetzten 5300 Reservisten lange nicht alle sein werden, die da auf die Bevölkerung gehetzt werden sollen. Allein von 649 weiteren bis Ende 2009 ist die Rede. Und die Katastrophen bei denen sie zum Einsatz gekommen sind, werden immer absurder. Der evangelische Kirchentag in Bremen und die Loveparade in Berlin sind nur zwei Beispiele. Die Einsätze bei einem Fabrikbrand in Sigmaringen und bei einem Brand im Klinikum Konstanz zeigen aber wohin die Reise geht.

Diese Anfrage ist sehr lohnenswert komplett zu lesen. Zu finden ist sie unter: Deutscher Bundestag, Drucksache 16/13970.

Tanja (Hamburg)

## Militarisierung der Schulen

Am 29.9.2009 gab das Bayerische Ministerium für Unterricht und Kultus ein Schreiben an die Schulleiter der Schulen in Bayern heraus mit dem Betreff „Politische Bildung an Schulen“. Darin wird der Einsatz von Jugendoffizieren dringend empfohlen. Zudem wird auf folgenden Link hingewiesen, der Themen vorschlägt und ein Musterseminar bereitstellt:

<http://www.bayern.jugendoffizier.eu/index.php?page=unterricht&PHPSESSID=e4851f7d17a4ca0c1401ef0fea928f51>

Bei der weiteren Recherche ist mir eine „Lehrerhandreichung 2009/2010 Frieden und Sicherheit“ untergekommen, die wir unbedingt beachten müssen und die Anwendung dieser herausfinden

müssen. Auf der Seite [www.frieden-und-sicherheit.de](http://www.frieden-und-sicherheit.de) finden sich sämtliche Materialien und Infos für den Schulunterricht und auch für Schüler. Nur ein kleines Beispiel, mit welchen Inhalten wir hier zu tun haben: Behandelt werden die Themen „Krisen und Konflikte“, „Strategien für den Frieden“, „Bündnisse für mehr Sicherheit“, „Bundeswehr heute“. All diese Themen werden didaktisch und inhaltlich aufbereitet, als Experte, den man zu Hilfe nehmen kann, wird ausdrücklich der Jugendoffizier benannt. Auf einem darin abgedruckter Arbeitsbogen zu der Frage „Wie kann man Frieden erreichen“ können

die Schüler ankreuzen, was wichtig, weniger wichtig usw. ist. Nur was kann man da ankreuzen? Beispiel: „Im Kampf gegen den weltweiten Terrorismus müssen Bürger auch Einschränkungen akzeptieren, ohne dass der Rechtsstaat dabei beschädigt wird.“ Oder: „Deutsche Sicherheitsinteressen müssen notfalls „auch am Hindu-kusch (Afghanistan) verteidigt“ werden. Als Beispiel welche Sollfragen man stellen kann, um die BRD im internationalen Kontext zu verstehen wird angegeben: „Soll Deutschland einen ständi-

gen Sitz im UN Sicherheitsrat erhalten“. Und so weiter und so fort.

Auf der Seite des bayerischen Kultusministeriums wird auch noch die Bundeswehr genannt, um Unterrichtsausfall zu verhindern. Ein Lehrer sei dabei ja nicht unbedingt nötig:

[http://www.km.bayern.de/km/unterrichtsversorgung/schulen/tipps\\_u-orga/extern\\_vormittags/](http://www.km.bayern.de/km/unterrichtsversorgung/schulen/tipps_u-orga/extern_vormittags/)

Anna (Bonn)

## Ein ganz normaler Tag in der Uni oder Der Weg in den Krieg

Es ist 16:00 Uhr. Hochschule Bremerhaven. Ich bin neu hier, versuche mich zu orientieren. Habe alles gefunden. Doch wo ist der Raum MOS? Langsam! Es ist Beginn des neuen Wintersemesters und ich komme als Erstsemester an die Hochschule Bremerhaven, um Produktionstechnik zu studieren. Nach einem langen Tag mit Mathe, Technischem Zeichnen ..., habe ich jeden Raum gefunden, nur einer fehlt: MOS. Was ist MOS? Ich kenne nur Räume wie S207 etc., heißt es also M05? Aber M ist die Mensa ... also: Auf ins Fachbereichssekretariat. „MOS? Das ist die Marine-Operations-Schule! Sie gehen einfach ...“ „Wie bitte?“ frage ich „Marine-Operations-Schule!?!“

Nun. Als ich endlich gefunden hatte, wonach ich suchte, stehe ich vor einer Kaserne. Die Sekretärin sagte noch: „Perso nicht vergessen!“ Ja, den habe ich zum Glück immer dabei! Nachdem meine Personalien kontrolliert wurden, lande ich mit 180 weiteren Kommilitonen in der Aula der Kaserne. Vor mir steht der Offizier Engelhardt in

Uniform. Oder für uns: Professor Engelhardt, Dipl.-Ing. Engelhardt. Ich suchte nach meinem Stahlhelm, nachdem ich „mit meinen Kameraden doch mal zu Hause lernen“ sollte. Als die Technik beispielhaft an Heer, Marine und Luftwaffe erklärt wurde, zog ich die Uniform an. Am Ende der Vorlesung suchte ich mein Gewehr und war bereit, für das Vaterland in den Tod zu ziehen. Doch hatte ich als Waffe nur meine Lehrbücher: „Elektrotechnik für Seefahrer, Marinetechnikschule Parow“ und „Grundlagen der Elektrotechnik, Universität der Bundeswehr München“.

Für die Herrschenden, für das deutsche Großkapital soll ich ihnen als Kanonenfutter dienen. Blind soll ich sein.

**Das hätten sie wohl gerne!  
Mich bekommt ihr nicht!  
Nie werde ich Mörder  
Meinesgleichen!**



Marlene (Bremen)

## Vertrag von Lissabon

Nachdem nun zweiten (!) Referendum Irlands, der Unterzeichnung durch Polens Präsident und der Zustimmung zum Vertrag durch das tschechische Verfassungsgericht, kann der Vertrag mit dem 1. Dezember in Kraft treten. Dieser Vertrag ist und bleibt ein Militärdiktat, wesentlich bestimmt durch den deutschen Imperialismus. Kurz noch mal die wichtigsten Punkte:

Art 43 Absatz 1: Mögliche Kampfeinsätze der EU könnten etwa bei der „Unterstützung für Drittländer bei der Bekämpfung des Terrorismus in ihrem Hoheitsgebiet“ liegen. Ebenso genannt sind „Kampfeinsätze im Rahmen der Krisenbe-

wältigung“ oder „Operationen zur Stabilisierung der Lage“.

Art. 222 Absatz 1a: „Solidaritätsklausel“: Hiermit wird festgeschrieben, dass die EU „alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel, einschließlich der ihr von den Mitgliedsstaaten bereitgestellten militärischen Mittel“ mobilisiert, um „terroristische Bedrohungen im Hoheitsgebiet von Mitgliedstaaten abzuwenden.“ Nicht zu vergessen ist, dass hierdurch auch der Einsatz von EU Militär im Inneren möglich wird!

Art. 41: „Anschubfonds“: Hierin wird die Möglichkeit, einen EU Rüstungshaushalt aufzustellen



benannt. Mit Art. 42 Absatz 3 verpflichten sich die Mitgliedsstaaten, „ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern.“ Welche Größenordnung hier im Hintergrund steht, verdeutlicht die Überlegung, eine bindende Zielgröße von 2% des BIP festzuschreiben, was für die BRD eine Steigerung des Militärhaushalts um ca. 30 % bedeutet.

Art. 46: Einführung einer „Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit“, die die Bildung von Exklusivgruppen im militärischen Bereich ermöglicht. Hieran dürfen allerdings nur die Länder teilnehmen, die sich an den wichtigsten EU Rüstungsprojekten beteiligen und Battle Groups bereitstellen. Protokoll Nr. 10 des Reformvertrags spricht eine deutliche Sprache: Um an dieser Zusammenarbeit teilzunehmen, muss man sich verpflichten, „seine Verteidigungsfähigkeiten durch Ausbau seiner nationalen Beiträge und gegebenenfalls durch Beteiligung an multinationalen Streitkräften, an den wichtigsten europäischen Ausrüstungsprogrammen und an der Tätigkeit der Agentur für die Bereiche Entwicklung der Verteidigungsfähigkeiten, Forschung, Beschaffung und Rüstung intensiver zu entwickeln und bis spätestens 2010 über die Fähigkeit zu verfügen, entweder als nationales Kontingent

oder als Teil von multinationalen Truppenverbänden bewaffnete Einheiten bereitzustellen.“ Klar ist, dass gerade den kleineren Ländern es unmöglich sein wird, dies zu erreichen und diese damit folglich von zentralen sicherheitspolitischen Fragen ausgeschlossen sind. Hier bleibt noch zu sagen, dass durch die Ratifizierung des sogenannten Reformvertrags von Lissabon, keine Einstimmigkeit für die Einführung dieser Zusammenarbeit notwendig ist, sondern eine qualifizierte Mehrheit ausreicht.

Dennoch: Durch Zusatzprotokolle konnten Staaten wie Irland und Tschechien Zugeständnisse durchsetzen: Irlands Souveränität darf nicht eingeschränkt werden und die Benes Dekrete bleiben unangetastet.

Die Mittel des deutschen Imperialismus, diesen Vertrag durchzusetzen zeigt auch dieses Beispiel: Die Entscheidung des tschechischen Verfassungsgerichts verzögerte sich, da die Kläger einen Befangenheitsantrag gegen einen Richter stellten: Dieser hatte sich mit dem Botschafter der BRD in Tschechien, Johannes Haindl während der Verhandlungen getroffen. Man stelle sich selbiges hier vor ...

Anna (Bonn)

## AKTIONEN gegen den Notstand der Republik

### „Tag der Reservisten“ in Ingolstadt

17. Oktober: Mit Fahnen, Militärmusik und geistlichem Beistand wurde in Ingolstadt der Tag der Reservisten begangen. Bei Würstelbuden und Feldküche konnte die Bevölkerung am Paradeplatz (direkt vor dem Gewerkschaftshaus!) sich militärisches Großgerät ansehen. Für Kinder gab es extra eine aufgebaute Hüpfburg. In Militärzelten konnte man die reaktionären Broschüren der Ingolstädter Reservistenkameradschaft erwerben und sich Kampfvideos der Bundeswehr ansehen. Mit am Start war auch das Rote Kreuz. Vor der Münster-Kirche, wo ein ehemaliger Offizier die Messe für das Militär hielt, präsentierten die Reservisten ihre großen schwarz-rot-goldenen Fahnen mit dem „Eisernen Kreuz“. Zum Gottesdienst und wieder zurück zum Paradeplatz wurde jeweils in Formation und mit Dschingdrasa vom köschinger Spielmannszug, einer Musikkapelle, marschiert.

Doch in diesem Jahr waren sie nicht allein. Jugendliche Aktivisten aus Ingolstadt begleiteten die Parade und verteilten an die das militärische

Spektakel betrachtenden Passanten Flugblätter. Wir klärten die Bevölkerung, später am Paradeplatz, direkt vor den Augen des Militär, mit einem örtlichen Flugblatt (siehe Anhang) zum Einsatz der Bundeswehr im Inland auf. Außerdem wurden einige Exemplare des FDJ- Flugblattes „Bundeswehr stellt heute Freikorps auf“ verteilt.

Auch wenn einige der Offiziere sich sichtlich



verwundert und irritiert zu uns umdrehten, konnten wir abgesehen von einigen dummen Kommentaren ungestört unsere Flugblätter verteilen.

Marius (Ingolstadt)

## Einheitsfrontaktion „Klassenkampf statt Wahlkampf – Gegen den Notstand der Republik“

### Bericht über die Aktion

Einen Bericht des Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik über die Einheitsfrontaktion in Form eines DIN-A2 Plakates mit vielen Fotos findet ihr im Anhang. Das Plakat und dieser

Infobrief können auch in gedruckter Form bestellt werden. Ein Exemplar kostet 1,00€. Bestellung unter Angaben von Liefer- und Rechnungsanschrift bitte an: [Info@Jugendkongress-NdR.de](mailto:Info@Jugendkongress-NdR.de).

### Bilderbogen Aktionszug - vom 12. September bis 1. Oktober 2009 / 2000 Kilometer - Quer durch die Republik“

Um den Zug in seiner ganzen Größe und weitere Farbbilder von der Aktion bewundern zu können, ist eine über 2 Meter lange Foto-Ziehharmonika aus Karton entstanden. Der „Bilderbogen Aktionszug“ kann bestellt werden bei: Aktionsbüro „Klassenkampf statt Wahlkampf –

Gegen den Notstand der Republik“, Rainer Herth, Birkholzweg 11, 60433 Frankfurt/M., Mail: [R@inerHerth.de](mailto:R@inerHerth.de). Oder: „Das Freie Buch“, Tulbeckstrasse 4, 80339 München, Telefon 089/ 540 703 46, Fax 089/540 703 48. Solidaritätspreis dieses Bilderbogens: min. 8,00€.

### Konferenz der drei Einheitsfrontparteien

Nachdem der Aktionszug sein Ziel, Berlin erreicht hatte waren sich die Teilnehmer aus dem ganzen Land - Arbeiter, Gewerkschafter, Jung und Alt, Sozialdemokraten, Parteilose und Kommunisten - einig: Diese Aktionseinheit war und ist die unverzichtbare Voraussetzung für den Kampf gegen den Notstand der Republik. Wir werden diesen lebensnotwendigen Kampf weiter führen und ihn noch stärker in unsere Gewerkschaften

und Organisationen tragen. Dazu - und damit die Einheit zur Stärke wird und der Widerstand zunimmt - rufen wir Euch auf, beteiligt Euch an der:

3. Arbeiter- und Gewerkschafterkonferenz gegen den Notstand der Republik, am 12./ 13. Dezember 2009, im Mannheim.

Anmeldung und Fragen zur Konferenz an [Info@Jugendkongress-NdR.de](mailto:Info@Jugendkongress-NdR.de) senden oder anrufen unter Tel.-Nr.: 0176-23233235.

## MATERIAL zum Notstand der Republik

### Vom JAA herausgegebene Broschüren

Broschüre vom Jugendkongress – Notstand der Republik in Berlin am 12. und 13. Mai 2007

Aus dem Inhaltsverzeichnis:

- Der Staat
- Besonderheiten deutscher Demokratie und die besondere Aggressivität des deutschen Imperialismus
- Die Zentralisierung und Zusammenlegung der Gewaltenapparate
- Der Heimatschutz und der Einsatz der Bundeswehr im Inneren
- Die fließenden Grenzen zwischen innerer und äußerer Sicherheit
- Die Hartz-Gesetze und deren Auswirkung auf die Jugend

Broschüre vom Aktivistentreffen des Jugendaktionsausschuss - Notstand der Republik in Nürnberg am 2. und 3. Februar 2008

Aus dem Inhaltsverzeichnis:

- Zu den Ursachen des Notstands
- Mit den Gewerkschaften gegen den Notstand
- Der Kampf gegen die Notstandsgesetze in den 60er Jahren und was 40 Jahre danach daraus wurde
- Aktiv gegen den Heimatschutz!
- Die Demonstrationen vom 3. November 2007

Preis je Broschüre: 2,00€. Bestellung unter Angaben von Liefer- und Rechnungsanschrift bitte an: [Info@Jugendkongress-NdR.de](mailto:Info@Jugendkongress-NdR.de)

Weitere Materialien vom Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik, sowie alle bisher erschienen Infobriefe befinden sich auf der

Homepage ([www.Jugendkongress-Notstand-der-Republik.de](http://www.Jugendkongress-Notstand-der-Republik.de)) und können von dort aus auch bestellt werden.

## Jubel über militärische Schauspiele ist eine Reklame für den nächsten Krieg!

(Kurt Tucholsky, 1927)



***"Es gibt in Deutschland eine lange Tradition des Militäreinsatzes im Inneren. Es ist eine Tradition von Blut und Schande!"***

(Süddeutsche Zeitung vom 23.2.2006)

Mit dem seit Januar 2007 flächendeckend aufgebauten, militärischen „Heimatschutz“ will die Bundeswehr zivile Hilfsorganisationen, als auch die Verwaltung dem militärischen Interesse unterstellen. Für Einsätze auf der ganzen Welt und auch gegen die eigene Bevölkerung!

Vom Generalstab der Bundeswehr wurde in jedem Bundesland ein Landeskommando aus Berufsoffizieren aufgestellt, das der Landesregierung als Berater zur Seite steht. In allen Bezirken, Kreisen und kreisfreien Städten, wie in **Ingolstadt**, haben sog. „**Verbindungskommandos**“ in der örtlichen Regierung ihre Büros bezogen. Sie bestehen jeweils aus **12 ortskundigen Reservisten**. Im „**Katastrophenfall**“ werden diese im **Einsatzstab**, der von Verwaltung, Polizei, Feuerwehr und zivilen Hilfsorganisation gebildet wird, das Interesse des Militärs vertreten und die Stäbe führen. Die „**Verbindungskommandos**“ sind militärische Kommandostäbe, die im 24-stündigen Schichtbetrieb den **Einsatz der Bundeswehr im Inland** befehligen. Diese Struktur, aus 5.500 Offizieren und Unteroffizieren der Reserve, kann bis zu 250.000 zusätzliche Soldaten befehligen.

### Militarisierung der Gesellschaft...

Dieser „**Heimatschutz**“ soll die Gesellschaft für die Bundeswehr nutzbar machen:

- Bürgermeister und Landräte passen sich dem Militär an.

- Die Bundeswehr erhält Zugriff auf weitere 3,5 Millionen Menschen die sich z.B. beim Roten Kreuz, ASB, Johanniter, DLRG engagieren.
- Feuerwehr und Sanitätsdienste entlasten die entsprechenden Kräfte bei der Bundeswehr.
- Hilfsorganisationen gewinnen die Bevölkerung für die Bundeswehr.

### Bundeswehr gegen Demokraten...

Beim G8-Gipfel 2007 wurde die Bundeswehr das erste Mal seit 1945 gegen Kriegsgegner, Antifaschisten und Gewerkschafter eingesetzt. Der DGB-Bundesvorstand stellte am 03.07.07 fest: „...“, dass mit dem Vorgehen beim G8-Gipfel Fakten geschaffen werden sollten. Es handelt sich um eine vorweggenommene Praxis von Bundeswehr-Einsätzen im Inland.“ **Vor 1945 wurde die Armee immer wieder gegen die Arbeiterbewegung eingesetzt um Streiks und fortschrittliche Bewegungen niederzuschießen. Darum wurde im Grundgesetz der bewaffnete Einsatz im Inneren verboten.** Mit den Heimatschutz-Kommandos soll die Bundeswehr im Inland „**kritische Infrastruktur**“ schützen. Das ist Energie, Telekom, Post, Gesundheitswesen, Verkehr, Finanzwesen, öffentliche Verwaltung und die kriegswichtige Industrie. Wenn wir dort streiken, steht alles still. Würde das bedeuten **Bundeswehr gegen Streikende? Ja! Das geht aus einer Anfrage der Partei Die Linke an die Bundesregierung klar hervor!** (Bundestagsdrucksache 16/13970)

### Das Militär beschlagnahmt Plätze und Straßen...

Immer forscher dringt das Militär in die Öffentlichkeit. Ob bei öffentlichen Gelöbnissen, Stadtfesten oder dem „**Tag der Reservisten**“. Damit wird die Erinnerung an eine Zeit wach, in der öffentliche Aufmärsche und Feste des Militärs dazu dienten die Bevölkerung auf den Krieg einzustimmen. Die BRD führt heute wieder weltweit Krieg! Ob in Afghanistan, Jugoslawien oder am Horn von Afrika. Deutsches Militär ist vor der Küste Israels in Stellung gebracht! Öffentliche Auftritte und Festveranstaltungen einer Bundeswehr die Krieg führt verharmlosen den Militarismus und den Krieg!

Dazu sagen wir „**Nein!**“ und fordern:

- ✓ Soldaten runter von unseren Straßen und Plätzen
- ✓ Weg mit den Heimatschutzkommandos
- ✓ Nein zum Einsatz der Bundeswehr im Inland
- ✓ Soldaten zurück in die Kasernen
- ✓ Schluss mit dem Militarismus
- ✓ Nein zum Krieg
- ✓ Gegen den Notstand der Republik

**Kontakt: [ingolstadt-NdR@gmx.de](mailto:ingolstadt-NdR@gmx.de)**

**Aktivenkreis gegen Notstand der Republik Ingolstadt**

Weitere Infos: [www.notstand-der-republik.de](http://www.notstand-der-republik.de)

[www.jugendkongress-notstand-der-republik.de](http://www.jugendkongress-notstand-der-republik.de)

bitte Rückseite beachten!